

Luxemburg

DANIELLE BOSSAERT

In Luxemburg war die europapolitische Agenda im Jahr 2000 von der Regierungskonferenz und den damit eng zusammenhängenden Themen der Erweiterung und der zukünftigen Architektur der Europäischen Union geprägt. Der kleinste Mitgliedstaat musste seine Stellung als gleichberechtigter Partner in den EU-Institutionen und als Gründungsmitglied eisern behaupten.

Vor allem die die Regierungskonferenz dominierenden Fragen nach der zukünftigen Größe und Zusammensetzung der Kommission und nach der Neugewichtung der Stimmenverteilung im Rat zur besseren Berücksichtigung der demographischen Situation waren für das Großherzogtum äußerst sensible Themen.¹ Und dies umso mehr, als es im Zuge der Erweiterung um 13 Staaten, welche zum großen Teil weniger als 10 Millionen Einwohner umfassen, vornehmlich darum ging, das relative Gewicht der größeren Staaten im Rat zu stärken. Es bedurfte somit eines außerordentlichen Verhandlungsgeschicks, damit das 435.000 Einwohner zählende Luxemburg nicht in einer erweiterten Gemeinschaft marginalisiert wird und damit es seine Rolle als aktiver Mitgestalter der EU-Politik auch in Zukunft wahrnehmen kann. Die Brisanz dieser konfliktträchtigen Agenda zeigte sich auch darin, dass noch bis kurz vor dem Gipfel von Nizza keine Einigung über diese Fragen erzielt werden konnte und die Solidarität zwischen den kleinen und großen Mitgliedstaaten aufzubrechen drohte.

Auf innenpolitischer Ebene waren sich sowohl die regierenden Koalitionsparteien, die Christlich-Sozialen (CSV) und die Liberalen (DP), als auch die Oppositionsparteien der Sozialisten (LSAP) sowie der Grünen über die Interessenlage Luxemburgs einig. Als prioritäre Interessen bestimmten sie: die gleichberechtigte Vertretung aller Mitgliedstaaten in der Kommission, die Aufrechterhaltung der sechs Sitze Luxemburgs im Europaparlament,² die Beibehaltung der Einstimmigkeitsregel bei konstitutionellen Fragen und bei Themen, welche die Sozialversicherungssysteme und Steuerfragen betreffen, sowie die Abschaffung des Vetorechts bei der verstärkten Zusammenarbeit – ein Agendapunkt der Konferenz, der übrigens von den Beneluxstaaten auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Konsens herrschte ebenfalls über den weiteren Ausbau der Gemeinschaftsmethode.³

Bei breiter Übereinstimmung in grundsätzlichen Themen bot die Europapolitik im Berichtszeitraum weiterhin wenig Konfliktstoff. Die „Auseinandersetzungen“ fanden eher auf Nebenschauplätzen statt. Die grüne Partei forderte beispielsweise eine stärkere parlamentarische und juristische Kontrolle der Zusammenarbeit innerhalb der dritten Säule, insbesondere von EUROPOL. Sie befürwortet auch eine

DIE EUROPAPOLITIK IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER EU

Reform der Struktur- und Agrarpolitik zugunsten der ost- und mitteleuropäischen Beitrittskandidaten.⁴ Als einzige Partei in Luxemburg, die dem europäischen Integrationsprozess bis heute äußerst kritisch gegenübersteht, forderte das ADP („Aktionskomitee für Demokratie a Rentegerechtigkeit“), welches mit sieben Abgeordneten⁵ im nationalen Parlament vertreten ist, anlässlich der parlamentarischen Grundsatzdebatte über die weitere Entwicklung der Europäischen Union vom September 2000 eine Begrenzung der Kompetenzen der Kommission sowie eine Stärkung der Rechte des Ministerrats.⁶

Nizza: ein gutes Resultat für Luxemburg

Wenn man die in den vier Memoranden⁷ zur Regierungskonferenz festgehaltenen Vorstellungen der luxemburgischen Regierung mit dem Verhandlungsergebnis von Nizza vergleicht, dann wird deutlich, dass die Interessen des kleinsten Mitgliedstaats bei den wesentlichen Themen berücksichtigt wurden. So wird Luxemburg nach der Erweiterung im Ministerrat über die gleiche Stimmenzahl (4) verfügen wie die bevölkerungsreicheren Staaten Estland, Lettland, Slowenien und Zypern. Eine wichtige Errungenschaft für den Beneluxpartner Luxemburg ist ebenfalls, dass Belgien (12 Stimmen), die Niederlande (13 Stimmen) und Luxemburg (4 Stimmen) mit 26,3 Millionen Einwohnern 29 Stimmen innehaben – und damit ebenso viele wie jeder der vier „Großen“ Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. Darüber hinaus wird Luxemburg auch in Zukunft mit einem gleichberechtigten Mitglied in der Kommission vertreten sein, womit eine der Hauptforderungen des Großherzogtums umgesetzt werden konnte. Ein weiteres gutes Verhandlungsergebnis bestand darin, dass Luxemburg neben Deutschland als einziger Staat keine Verringerung seiner Anzahl der Europaparlamentarier hat hinnehmen müssen und es somit seine Position in dieser wichtigen Institution behaupten konnte. Im Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie im Ausschuss der Regionen wird es auch zukünftig mit sechs Stimmen vertreten sein. Als günstiges Resultat ist ebenfalls zu bewerten, dass die Einstimmigkeitsregel bei Steuerfragen und im Sozialversicherungsbereich beibehalten wurde und dass der von den Benelux-Staaten eingebrachte Vorschlag zum Ausbau der „verstärkten Zusammenarbeit“ Berücksichtigung im Vertrag fand. Vor dem Hintergrund dieses Verhandlungsergebnisses stellte Premierminister Jean-Claude Juncker mit Genugtuung fest, dass die kleinen Länder auch in Zukunft gestaltende Akteure in Europa bleiben und die großen nicht das Monopol als europäische Architekten innehaben würden.⁸

Am Gipfelmarathon von Nizza insgesamt wurden jedoch der geringe Gemeinschaftswille und die fehlende Solidarität bemängelt. Während die Außenministerin Lydie Polfer (DP) die Polarisierung zwischen den kleinen und den großen Staaten im Laufe der Debatte sowie auch die Zentrierung auf die Macht- und Einflussfrage kritisierte,⁹ bezeichneten die Grünen das Ergebnis gar als „Fiasko von Nizza“.¹⁰ Wenn es auch wie ein Paradox klingt, spiegelt sich in diesen Reaktionen hauptsächlich die politische Enttäuschung des integrationsfreudigen Luxemburg über die zu geringen Fortschritte der Regierungskonferenz wider.

Luxemburg in einer erweiterten EU mit 28 Mitgliedern

Angesichts der näher rückenden Erweiterung der Europäischen Union bemühten sich insbesondere der Staatsminister Jean-Claude Juncker und die Außenministerin Lydie Polfer um den Aufbau eines konstruktiven Dialogs mit den Regierungen der Beitrittskandidaten aus Mittel- und Südosteuropa. Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit diesen Staaten wurden durch die in den letzten Jahren erfolgten zahlreichen Besuche hochrangiger Politiker und Experten in fast sämtlichen Beitrittsstaaten intensiviert, die ohne Zweifel dazu beitrugen, das Image Luxemburgs als Förderer der Erweiterung zu stärken. Dies geht auch daraus hervor, dass sich Premierminister Juncker im Rahmen der Beitrittsverhandlungen für eine flexible Handhabung der Übergangsperioden im Bereich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer einsetzte¹¹ oder dass er eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Beneluxstaaten und den Visegradstaaten anregte. Bei der Diskussion über die Aufnahme-prozedur der Kandidaten hält die luxemburgische Regierung an dem vom Europäischen Rat von Luxemburg im Dezember 1997 gefassten Beschluss fest, der vorsieht, dass die Aufnahme in die Gemeinschaft nach dem jeweiligen individuellen Entwicklungsstand der Beitrittsstaaten erfolgen soll.

Die Finanzierung wichtiger Reformprojekte zeugen von einem zunehmenden Engagement Luxemburgs in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Bisher förderte das Außenministerium hauptsächlich Weiterbildungsprojekte zur Stärkung der administrativen und institutionellen Kapazitäten sowie zur besseren Umsetzung des *Acquis communautaire*.¹² Weitere konkrete Ergebnisse des konstruktiven Dialogs sind unter anderem die geplante Eröffnung einer luxemburgischen Botschaft in Polen, Tschechien und Ungarn, während ihrerseits Tschechien und Polen demnächst eine diplomatische Präsenz im Großherzogtum vorsehen.

Die Fortsetzung des europapolitischen Engagements

Luxemburg gelang es, seine pro-aktive und verantwortungsbewusste Rolle innerhalb der Union zu unterstreichen, indem es beispielsweise seine verteidigungspolitischen Kapazitäten¹³ stärken wird, um seinen Verpflichtungen im Bereich der Petersberger Aufgaben besser nachzukommen. Neben der Festigung der bilateralen Beziehungen zu seinen großen Nachbarn Deutschland und Frankreich bildete die Abstimmung seiner Positionen mit den Beneluxstaaten, Belgien und den Niederlanden, einen weiteren Schwerpunkt der luxemburgischen Europapolitik. Davon zeugt das erst kürzlich veröffentlichte Beneluxmemorandum im Bereich der zukünftigen gemeinsamen Justiz- und Innenpolitik,¹⁴ das die drei Staaten als einen die europäische Integration beschleunigenden Motor verstanden wissen wollen. Das Ziel ist eine schnellere Umsetzung des europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, ein Anliegen, welches die drei Regierungen bereits in ihrem gemeinsamen Memorandum von Tampere im Jahr 1999 zum Ausdruck brachten. Im Hinblick auf den Gipfel von Laeken wird in diesem Memorandum ein konkretes Programm mit prioritären Schritten aufgestellt. Weiterhin wird auch eine

bessere Koordinierung bei der Asyl-, und Immigrationspolitik angestrebt, für die sich Luxemburg eingesetzt hatte.

Bei der in letzter Zeit wieder intensiver geführten Debatte um die Zukunft der Europäischen Union war die luxemburgische Haltung von einem gesunden Pragmatismus geprägt, während die Frage nach der föderalen oder konföderalen Ausgestaltung der zukünftigen EU insgesamt auf wenig Begeisterung stieß. So wird die EU in erster Linie als eine Konstruktion *sui generis* betrachtet, deren Mitglieder gleichberechtigt zusammenarbeiten, um gemeinsam ihre Ziele zu verwirklichen.¹⁵ Im Vordergrund stehen hauptsächlich die Verwirklichung konkreter Projekte und die Diskussion über Inhalte der Politik, und weniger die Grundsatzdebatten über die zukünftige Architektur der EU. Premierminister Jean-Claude Juncker kritisierte, dass es im Bereich der binnenmarktrelevanten sozialpolitischen Fragen zu keinen Beschlüssen kam und dass keine Debatte über das europäische Sozialmodell geführt wird. Weiter forderte er zur Stärkung der Akzeptanz der Gemeinschaft in der Bevölkerung einen Mindestsockel an Arbeitnehmerrechten in Europa.¹⁶

Anmerkungen

- 1 So brachte zum Beispiel die französische Ratspräsidentschaft den für Luxemburg inakzeptablen Vorschlag ein, die Zahl der Stimmen Luxemburgs von 2 auf 3 zu erhöhen, während die Stimmen der anderen Mitgliedstaaten mehr als verdoppelt worden wären. (http://www.wort.lu/articles/innenpol_1224984.htm).
- 2 Und dies nicht zuletzt, um auch weiterhin die Vertretung der wichtigsten politischen Kräfte des kleinsten Mitgliedstaats zu gewährleisten.
- 3 Vergleiche zu diesem Thema insbesondere die Debatte der parlamentarischen Kommission für Außen- und Europapolitik über die weitere Entwicklung der Europäischen Union im Zuge der intergouvernementalen Konferenz im Oktober 2000, S. 41.
- 4 Ebd., S. 43-45.
- 5 Insgesamt umfasst die „chambre des députés“ 60 Abgeordnete.
- 6 So beklagte das ADR in seinem letzten Wahlprogramm, dass der europäische Integrationsprozess die nationale Souveränität Luxemburgs nach und nach aushöhlen würde.
- 7 Memorandum Benelux concernant la CIG et les réformes institutionnelles, Dezember 1999; Aide-mémoire du gouvernement luxembourgeois sur la conférence intergouvernementale, November 1999; Memorandum Benelux sur la CIG et l'avenir de l'Union européenne, September 2000; Aide-mémoire du gouvernement luxembourgeois sur la CIG, Oktober 2000.
- 8 Interview mit dem Premierminister Jean-Claude Juncker, in: Luxemburger Wort v. 14.12.2000.
- 9 Déclaration de politique étrangère du Ministre des Affaires étrangères, März 2000, S.6.
- 10 Interview mit dem Europaabgeordneten Claude Turmes (Déi Gréng), in: Letzebuurger Land v. 15.12.2000.
- 11 Bei der Debatte der vom deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder vorgeschlagenen siebenjährigen Übergangsperiode plädierte Juncker dafür, bei der Festlegung der Übergangsfristen ebenfalls die jeweilige konjunkturelle Entwicklung, die Entwicklung des Arbeitsmarkts und die regionalen Merkmale in Betracht zu ziehen. (<http://www.gouvernement.lu/gouv/fr.act/0103/28orban/28orban.html>).
- 12 Diese Projekte werden zur Zeit in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Institut für öffentliche Verwaltung in Maastricht in Polen, der Slowakei, Rumänien und Bulgarien durchgeführt. Ministère des affaires étrangères, du commerce extérieur, de la coopération, de l'action humanitaire et de la défense, Rapport d'activités 2000, Luxemburg 2001, S. 67-69.
- 13 So ist eine mehrjährige Steigerung der Verteidigungsausgaben vorgesehen sowie eine Reform des Militärdienstes und der Rekrutierungsbedingungen für die luxemburgische Armee.
- 14 Mémorandum Benelux en matière de justice et affaires intérieures en vue du sommet de Laeken, März 2001.
- 15 Déclaration annuelle de politique étrangère du Ministre des affaires étrangères, Luxemburg 2001, S. 8.
- 16 Rede von Jean-Claude Juncker beim europapolitischen Dialog in Berlin am 17.10.2000.